



Serie zur
Bundestags-
wahl.
Teil III

Landwirtschaft & Ernährung im Wahljahr 2017

Gülle, Gift und Gentechnik

Sieht man sich Wahlprogramme und Positionspapiere der Parteien zu Ernährung und Landwirtschaft an, reibt man sich die Augen. Unisono bekennen sich alle zu gesunden Lebensmitteln und artgerechter Tierhaltung, zu mehr Biodiversität, weniger Pestiziden und Antibiotika. Eine Allparteien-Koalition für paradiesische Zustände. Erst bei näherem Hinsehen erkennt man Unterschiede. Der Slow-Food-Check von **Manfred Kriener**.

Die Linke: Jede Menge roter Karten

Die Linke verlangt in der Landwirtschafts- und Ernährungspolitik eine umfassende Kehrtwende; im Wahlprogramm häufen sich radikale Verbotsforderungen: *Besonders umweltschädliche Pestizide wie Glyphosat und Neonikotinoide (...) wollen wir sofort verbieten. (*) Ebenso auf der Verbotsliste stehen alle Formen der Nutztierhaltung mit quälerischen Produktionsweisen und einem hohen Bedarf an Antibiotika. Die Linke will außerdem Patente auf Leben verbieten – zur Sicherung der genetischen Vielfalt sollen alte Pflanzensorten und Nutztierassen erhalten und freie Nachbaurechte gesichert werden. Auch in Sachen Gentechnik wird die rote Karte gezückt: Wir wollen Anbau und Handel mit gentechnisch veränderten Pflanzen verbieten.*

In der EU-Agrarpolitik setzt sich die Partei für eine grundlegende Reform ein. Nach 2020 dürfe es nur noch Geld für konkret nachweisbare öffentliche Leistungen geben. Bei der Flächenprämie sollen sozialpflichtige Arbeitskräfte berücksichtigt und Investoren ausgeschlossen werden. *Bauernland gehört nicht in Investorenhand* heißt die Devise gegen Landgrabbing.

In der Nutztierhaltung greift die Partei die Forderung auf, Tierzahlen an die Fläche zu binden, um große Tierfabriken zu verhindern, die Unmengen an Fäkalien produzieren, die nicht auf Ackerflächen ausgebracht werden. Ebenso sollen Bestandsobergrenzen für Regionen und Standorte eingeführt werden.

Auf der Agenda steht auch eine radikale Umorientierung der Agrarwirtschaft weg von der Produktion für den Weltmarkt. Devise der Linken: Wir wollen die Exportstrategie in der Agrarpolitik beenden, der Export von Agrarrohstoffen und Nahrungsmitteln dürfe nicht länger subventioniert werden, heißt es im Wahlprogramm. *Er trage zur Zerstörung lokaler landwirtschaftlicher Strukturen in vielen Ländern des globalen Südens bei. Die Linke wendet sich gegen die weitere Globalisierung der Agrarmärkte. Wir wollen eine sozial gerechte und ökologische Landwirtschaft mit dem Schwerpunkt auf regionaler Erzeugung.* Leitendes Prinzip müsse eine auf das Gemeinwohl orientierte und auf das internationale Konzept der Ernährungssouveränität ausgerichtete Agrarpolitik sein.



Die FDP: Drohnen und Aquakultur

Die Agrarpolitik der FDP ist frei von Verbotsforderungen. Das Programm zur Bundestagswahl gibt grob die Richtung vor, ist weniger konkret als andere Parteiprogramme. Eine Agrarwende oder tiefgreifende Reformen sind kein Thema. Gefordert werden stattdessen eine *moderne Landwirtschaft und selbstbestimmte Landwirte, ein Vorankommen durch eigene Leistung*. Die großen Streitpunkte werden mit wenigen Sätzen abgehandelt. In Sachen Gülleorgien – hier hat die EU Deutschland wegen permanenter Grundwasserbelastung und Überdüngung verklagt – fordert die FDP *ein praktikables und bewegliches Düngerecht sowie eine standortgerechte Nährstoffversorgung*. Die Partei kritisiert zudem eine Stimmungsmache gegen das Monsanto-Gift Glyphosat. *In öffentlichen Diskussionen über bestimmte Wirkstoffe zählen für uns nicht Stimmungen, sondern nachvollziehbare Fakten und nicht zuletzt die Stellungnahme des Bundesinstituts für Risikobewertung.*

Bei Massentierhaltung und Tierwohl ist die FDP auf Linie des Bauernverbands: *Starre ordnungsrechtliche Vorgaben oder zu ehrgeizige Tierwohl-Zertifizierungen überfordern vor allem kleine Landwirtschaftsbetriebe*. In Sachen Gentechnik bleibt die Partei auf eher befürwortendem Kurs: *Mit neuen Forschungs-*

richtungen der Grünen Biotechnologie wie dem »Genome-Editing« wollen wir offen und transparent umgehen. Wir lehnen pauschalisierende Verbote ab und fordern eine faktenbasierte, ergebnisoffene Bewertung.

Während andere Parteien eher kleine und mittlere Betriebe schützen wollen, setzt die FDP auf Innovationen, die vor allem für Großbetriebe interessant sind. Dazu heißt es: *Wenn sich über Sensoren der Nährstoffgehalt im Boden messen lässt und mittels Drohnen eine punktgenaue Düngung und Schädlingsbekämpfung möglich wird, können Landwirtinnen und Landwirte den Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln viel spezifischer steuern.*

Auch beim Greening – der Verpflichtung zur Vielfalt im Anbau, zu mehr Dauergrünland und ökologischen Vorrangflächen – werden Unterschiede zu anderen Parteien erkennbar: Die FDP will das Greening *mit Blick auf die Praktikabilität und Bürokratie kritisch begleiten.*

Als einzige Partei macht sich die FDP für Aquakultur stark. Das Grundnahrungsmittel Fisch ist durch Überfischung der Meere gefährdet. *Wir sehen in einer modernen und nachhaltig wirtschaftenden Aquakultur einen Schlüssel zur Lösung dieses Problems.*

Die CDU/CSU: Wut-Antenne ausgefahren

Da die Union mit Christian Schmidt den verantwortlichen Minister für Ernährung und Landwirtschaft stellt, wird die Partei eher an realer Politik gemessen als am Wahlprogramm. Was hat er bewegt und erreicht, womit ist uns der Minister in der vergangenen Legislaturperiode in Erinnerung geblieben? Einer seiner wichtigsten Erfolge war die Verringerung des Antibiotika-Einsatzes in der Tiermast. Zuletzt brachte er, heftig unter Druck durch eine EU-Klage wegen der Gülleschwemme in Deutschland, auch eine neue Düngerverordnung auf den Weg, deren Erfolg oder Misserfolg aber erst in einigen Jahren sichtbar sein wird. Anders als seine Vorgänger hat der CSU-Minister eine gute Antenne für die Wut und Beklemmungen der Bevölkerung über die Perversionen der Massentierhaltung. Ob Küken schreddern, Hühnerschnäbel verätzen oder Schweineschwänze kupieren: Schmidt hat zumindest erkannt, dass es so nicht weitergehen kann. Seine hoch gehängte staatliche Tierwohl-Initiative war der Versuch, die wachsende Empörung aufzufangen. Doch bei NGOs, Verbraucherschützern und unabhängigen Landwirtschaftsexperten war die Diagnose einhellig ablehnend. Wichtigster Kritikpunkt: Die Initiative sei zu wenig ambitioniert und nicht verbindlich für die Tierhalter, sie basiere auf freiwilliger Teilnahme

einer Minderheit. Kritiker sprachen schnell von einer »Luftnummer«.

Schmidt hat das stark emotionale Thema der Massentötung männlicher Eintagsküken aufgegriffen. Er setzt auf die Früherkennung des Geschlechts im Ei. Bis zur breiten Einsatzfähigkeit dieser Technik in einigen Jahren wird weiter geschreddert: 45 Millionen Küken jedes Jahr.

Fette Schlagzeilen brachte Schmidts Forderung nach mehr Schweinefleisch in Schulen und Kantinen, womit er die Großbetriebe unterstützte. Ebenso für Aufregung sorgte seine Verbotinitiative für vegane Currywurst, vegetarische Schnitzel und andere Veggieprodukte, die Schmidt wegen »Verwirrung der Verbraucher« abschaffen will. In der Milchkrise startete er einen Branchendialog; das Sterben der kleinen und mittleren Milchviehbetriebe und die Marktkonzentration der Molkereien gingen unvermindert weiter.

Mehr Biobetriebe, mehr Greening, mehr Artenvielfalt – diese Forderungen werden auch von Schmidt unterstützt. Aber nur verbal, in der realen Politik fehlte es am Anschub für wirkliche Veränderungen. Der wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik ist mit der Landwirtschaftspolitik Schmidts nicht zufrieden. Er verlangt »tiefgreifende Änderungen«.

Die Grünen: Tschüss Glyphosat

Auffällig ist, wie weit die Partei Ernährung und Landwirtschaft in ihrem Wahlprogramm nach vorn schiebt. Im Grundsatz verlangen die Grünen nicht mehr und nicht weniger als *das Ende industrieller Massentierhaltung in den nächsten 20 Jahren*. Als Gegenentwurf wird eine Landwirtschaft anvisiert, die *ohne Gift, Gentechnik und Tierleid gesundes Essen für alle erzeugt*. Der ökologische Landbau bleibt das Leitbild der Grünen, er soll *in den nächsten sieben Jahren mit einer Milliarde Euro gefördert werden*. Bis 2050 soll die gesamte Landwirtschaft auf klimaneutralen Ökokurs gebracht werden mit *radikalen Änderungen in der Tierhaltung*: mehr Platz in den Ställen, frische Luft, Tageslicht, ein Leben ohne Qualen und Schmerzen. Dazu müsse ein neues Tierschutzgesetz her, darüber hinaus fordern die Grünen verbindliche Haltungsverordnungen für *alle* Nutztiere. Beim Bau neuer Mastanlagen sollen die Kommunen, die oft dagegen sind, mitentscheiden.

In der EU wird eine Umschichtung der für den Agrarsektor bezahlten 60 Milliarden Euro angepeilt. Die rein flächenbezogene Förderung – je größer der Betrieb, desto mehr Geld erhält er, egal wie er produziert – wollen die Grünen abschaffen. *Öffentliches*

Geld gibt es nur noch für öffentliche Leistung. Gefördert werden sollen *bäuerliche, ökologische und regionale Wirtschaftsweisen*.

Als einzige Partei haben die Grünen auch die Schlachthöfe aufs Korn genommen. Sie fordern nicht mehr nur kleine regionale Schlachthöfe und mobile Schlachteinrichtungen, um Tiertransporte entbehrlich zu machen. Sie kritisieren auch die *traurigen Rekordzahlen in den Großschlachtereien* mit schlechten Arbeitsbedingungen und prekären Beschäftigungsverhältnissen.

Die Grünen wollen ein Programm zur Eindämmung von Pestiziden auflegen und den Einsatz des *besonders schädlichen und gesundheitsgefährdenden Monsanto-Gifts Glyphosat* und der bienentoxischen Neonicotinoide beenden. Und: *Gen-Food und Biopatente braucht kein Mensch*, heißt es im Wahlprogramm. Die Lebensmittelverschwendung – rund ein Drittel wird in Europa weggeworfen – attackiert die Partei mit einer Verpflichtung für große Supermärkte, nicht verkaufte Lebensmittel nicht mehr wegzuerwerfen, sondern allen kostenlos zur Verfügung zu stellen. Das »Containern«, also das Zurückholen von Lebensmitteln aus Müllcontainern, soll nicht mehr bestraft werden.



Die SPD: Wo bleibt die Nährwert-Ampel

Der Dreiklang aus Umwelt, Verbraucherinteressen und dem Wohl der Tiere bestimmt das SPD-Programm im Sektor Landwirtschaft und Ernährung. Die Partei will ein *Bundesprogramm Regionalvermarktung* los-treten, das den Bauern wirtschaftlich helfen soll, denn *immer mehr bäuerliche Betriebe verlieren den Wettbewerb gegen industrielle Anlagen* und sind in ihrer Existenz bedroht.

Die SPD bewertet die ökologische Landwirtschaft als *die derzeit nachhaltigste*, bekennt sich aber ausdrücklich zu beiden Produktionsformen; die konventionelle Landwirtschaft sei *gleichermaßen notwendig*. Zum gesellschaftlich hoch umstrittenen Einsatz von Pestiziden und Dünger formuliert die Partei nur eine kurze Passage: Er soll auf das unbedingt notwendige Maß reduziert werden. Zum Aufreger Gentechnik heißt es: *Weiterhin setzen wir uns für eine gentechnikfreie Landwirtschaft ein. Wir werden sicherstellen, dass mit neuen Züchtungstechnologien erzeugte Pflanzen und Tiere nicht unreguliert in den Markt gelangen*. Die Sozialdemokraten lehnen Patente auf Leben ab und wollen ein staatliches Tierwohlsiegel

nach den Kriterien des Deutschen Tierschutzbunds einführen. Auf der Verbotsliste stehen Schnabel kürzen bei Hühnern und Schwänze kupieren bei Schweinen.

Die Kennzeichnung von Lebensmitteln wird ausführlich behandelt: Nicht nur artgerechte Tierhaltungen sollen auf dem Etikett von Lebensmitteln erkennbar sein, sondern auch die Nährwerte: So verlangt die SPD die *leicht verständliche Nährwert-Ampel und eine klare Herkunftskennzeichnung*. Große Tierfabriken können nur dann gebaut werden, so das SPD-Programm, wenn die Gemeinde einen entsprechenden Bebauungsplan erlasse und eine Umweltverträglichkeitsprüfung stattfinde.

Bei den milliardenschweren EU-Zahlungen für die Landwirtschaft plädiert die Partei für einen langsamen, *schrittweisen Ausstieg aus den pauschalen* (rein flächenbezogenen) *Subventionen bis 2026*. Versprochen wird außerdem eine nationale Strategie gegen die Lebensmittelverschwendung, *damit landwirtschaftliche Produkte wieder mehr Wertschätzung erfahren*.

(*) Alle Kursivpassagen sind Originalzitate aus Texten und Programmen der Parteien. Die Reihenfolge der Parteien ermittelte der Zufallsgenerator.



Jetzt
abonnieren
für 7,50 €*

taz Verlags- und Vertriebs GmbH,
Rudi-Dutschke-Str. 23, 10969 Berlin.

In Kürze klug

Testen Sie die deutsche Ausgabe der weltweit größten Monatszeitung für internationale Politik mit einem Probeabo (3 Ausgaben).

*Statt 12,60 €. Das Probeabo endet automatisch. Versandkostenfrei im Inland, Ausland zzgl. Versandkosten.



abo-lmd@taz.de • T (030) 2590 2211

monde-diplomatique.de